

Gugel, Günther

Gewaltprävention entwickeln. Ansätze präventiver Praxis in der internationalen Diskussion

ZEP : Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 30 (2007) 2, S. 23-26



Quellenangabe/ Reference:

Gugel, Günther: Gewaltprävention entwickeln. Ansätze präventiver Praxis in der internationalen Diskussion - In: ZEP : Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 30 (2007) 2, S. 23-26 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-60787 - DOI: 10.25656/01:6078

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-60787>

<https://doi.org/10.25656/01:6078>

in Kooperation mit / in cooperation with:

ZEP

Zeitschrift für internationale Bildungsforschung
und Entwicklungspädagogik

"Gesellschaft für interkulturelle Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik e.V."

<http://www.uni-bamberg.de/allgpaed/zep-zeitschrift-fuer-internationale-bildungsforschung-und-entwicklungspaedagogik/profil>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Bildung in bewaffneten Konflikten und Notsituationen



Aus dem Inhalt:

- Dimensionen friedenspädagogischen Denkens und Handelns
- Bildung und Bildungskooperation in Krisenregionen
- Pädagogische Friedensforschung
- Friedenspädagogische Weiterbildung

Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik

30. Jahrgang

Mai

2

2007

ISSN 1434-4688D

- Christoph Wulf **2** Zukunftsfähige Bildung. Frieden, kulturelle Vielfalt und Nachhaltigkeit
- Theodor Hanf **7** Bildung und Konfliktbearbeitung. Ein bedeutsames Sektorvorhaben der deutschen Entwicklungszusammenarbeit
- Rüdiger Blumör **10** Bildungsförderung in fragilen Staaten. Erfahrungen aus Sierra Leone
- V. Lenhart/
R. Mitschke/S. Braun **17** Friedensbauende Maßnahmen bei bewaffneten Konflikten. Zwischenergebnisse eines Forschungs- und Entwicklungsprojektes
- Günther Gugel **23** Gewaltprävention entwickeln. Ansätze präventiver Praxis in der Internationalen Diskussion
- Ingrid Jung **27** Perspektivenwechsel als Prinzip. Erfahrungen aus einem friedenspädagogischen Weiterbildungsprojekt
- Porträt **32** Globales Lernen konkret. 40 Jahre entwicklungspolitische Bildungsarbeit von terre des hommes
- VIE **34** EURED - Professionelle Friedenspädagogik für ganz Europa
- 36** Rezensionen/Kurzrezensionen
- 41** Informationen

Impressum

ZEP - Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik 30. Jg. 2007, Heft 2

Herausgeber: Gesellschaft für interkulturelle Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik e.V. und KommEnt

Schriftleitung: Annette Scheunpflug

Redaktionsanschrift: ZEP-Redaktion, Pädagogik I, EWF, Regensburger Str. 160, 90478 Nürnberg

Verlag: Verlag für Interkulturelle Kommunikation (IKO), Postfach 90 04 21, 60444 Frankfurt/Main, Tel.: 069/784808; ISSN 1434-4688 D

Erscheinungsweise und Bezugsbedingungen: erscheint vierteljährlich; Jahresabonnement EUR 20,- Einzelheft EUR 6,-; alle Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten; zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag. Abbestellungen spätestens acht Wochen vor Ablauf des Jahres.

Redaktion: Barbara Asbrand, Hans Bühler, Asit Datta, Heidi Grobbauer (Österreich), Helmuth Hartmeyer (Österreich), Richard Helbling (Schweiz), Linda Helfrich, Torsten Jäger, Ulrich Klemm, Gregor Lang-Wojtasik, Volker Lenhart, Claudia Lohrenscheid, Bernd Overwien, Georg-Friedrich Pfäfflin, Annette Scheunpflug, Birgit Schöbwendler, Klaus Seitz, Barbara Toepfer

Technische Redaktion: Claudia Bergmüller (verantwortlich; Rezensionen) 0911/5302-735, Sarah Lange (Infos)

Abbildungen: (Falls nicht bezeichnet) Privatfotos oder Illustrationen der Autoren.

Titelbild: © Sebastian Bolesch/Global Aware

Diese Publikation ist gefördert vom Evangelischen Entwicklungsdienst-Ausschuss für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik, Bonn. Das Heft ist auf umweltfreundlichem chlorfreiem Papier gedruckt.

Günther Gugel

Gewaltprävention entwickeln

Ansätze präventiver Praxis in der internationalen Diskussion

Zusammenfassung: Die Entwicklung einer Kultur des Friedens ist Voraussetzung menschlichen Zusammenlebens. Hierzu kann Gewaltprävention einen Beitrag leisten. Gewaltprävention benötigt jedoch ein differenziertes und umfassendes Gewaltverständnis und den Rückgriff auf Wissen über Gewaltzusammenhänge. Das Verständnis über wirksame Maßnahmen und Modelle von Gewaltprävention ist noch unzureichend entwickelt. Die Vielzahl der vorhandenen pädagogischen und psychologischen Ansätze sollte auf ihre Wirksamkeit überprüft und durch kulturelle und strukturelle Maßnahmen flankiert und ergänzt werden, dann kann Gewaltprävention über situativ eingesetzte Maßnahmen hinaus als Teil einer umfassenden friedenspolitischen Gesellschaftswelt verstanden und entwickelt werden. Eine solche Verortung trägt zu einer Legitimierung und Fundierung des Konzeptes bei.

Abstract: Developing a culture of peace is necessary for humans to live together. Violence prevention can play a significant role in doing so. However, we first need to have a sophisticated and comprehensive understanding of the word 'violence'. In addition, we need to know more about the background and context that caused the violence. Our knowledge about effective measures and models for violence prevention is still underdeveloped. The variety of possible pedagogical and psychological approaches should be evaluated for their effectiveness. Using cultural and structural measures, they should also be addressed and elaborated. It is only then that violence prevention can go beyond using situationally-specific measures and instead, can be understood and developed as part of a peaceful society.

„Kein Land, kein Gemeinwesen bleibt von Gewalt verschont. Bilder und Berichte von Gewalt durchdringen die Medien. Sie spielt sich auf unseren Straßen ab, in unseren vier Wänden, in Schulen, an Arbeitsplätzen und in Institutionen. Gewalt ist eine Weltgeißel, die das Gefüge von Gemeinschaften zerreißt und Leben, Gesundheit und Glück von uns allen bedroht. Jedes Jahr verlieren weltweit über 1,6 Millionen Menschen ihr Leben aufgrund von Gewalttaten. Auf jedes Gewaltopfer, das den Folgen der Gewalt erliegt, kommen zahlreiche andere, die verletzt werden und unter den unterschiedlichsten physischen, sexuellen, reproduktiven und psychischen Gesundheitsproblemen leiden. Gewalt gehört in der Altersgruppe der 15 bis 44-Jährigen überall auf der Welt zu

den Haupttodesursachen und ist unter Männern für etwa 14 % und bei den Frauen für 7 % aller Sterbefälle verantwortlich“ (WHO 2002, S. IX).

Alle Menschen haben einen Anspruch auf ein Leben ohne Gewalt. In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wird ausdrücklich das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person, sowie das Verbot der Sklaverei, der Folter und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe formuliert. Die Achtung der Würde des Menschen, und hierzu gehören neben dem Schutz für Leib und Leben auch menschenwürdige Lebensbedingungen, ist ein unveräußerliches Recht aller Menschen. Gewalt zerstört nicht nur die Grundlagen des Zusammenlebens und das Vertrauen, dass Probleme und Konflikte gewaltfrei ausgehandelt und gelöst werden müssen, sie verursacht auch physische, psychische, soziale und materielle Kosten. Im schulischen Kontext sind eine sichere Umgebung sowie gegenseitige Achtung und Respekt Grundbedingungen des Lernens. Gewaltprävention kann dazu beitragen, Menschenrechte zu verwirklichen, Gewalt zu verhindern und dadurch Leid zu minimieren und Kosten zu sparen.

Voraussetzungen klären

Was auf den ersten Blick einleuchtend und eindeutig erscheint, entpuppt sich bei näherer Betrachtung jedoch als diskussions- und klärungsbedürftig. Denn weder ist klar umrissen, welche Gewalt durch Gewaltprävention eigentlich verhindert oder begrenzt werden soll, noch ist geklärt, was unter Gewaltprävention genau zu verstehen ist.

Gewalt wird im Kontext von Gewaltprävention in den westlichen Industriestaaten weitgehend auf individuelle körperliche oder auch auf verbale Gewalt von Kindern und Jugendlichen reduziert. Ein differenzierter Gewaltbegriff, wie ihn etwa die Weltgesundheitsorganisation mit ihrer Typologie der Gewalt vorgelegt hat, oder ein Rückgriff auf den Gewaltbegriff Johan Galtungs, der personale, strukturelle und kulturelle Gewalt umfasst, fehlt (vgl. WHO 2002, Galtung 1992).

Doch nicht nur die Begrifflichkeit, auch das Wissen über Motive, Ursachen und Zusammenhänge von Gewalt ist äußerst rudimentär. Nur wenn man weiß, warum sich ein bestimmtes Verhalten zeigt bzw. in welchem Kontext es sich darstellt, kann zielgerichtet auf diese Ursachen Ein-

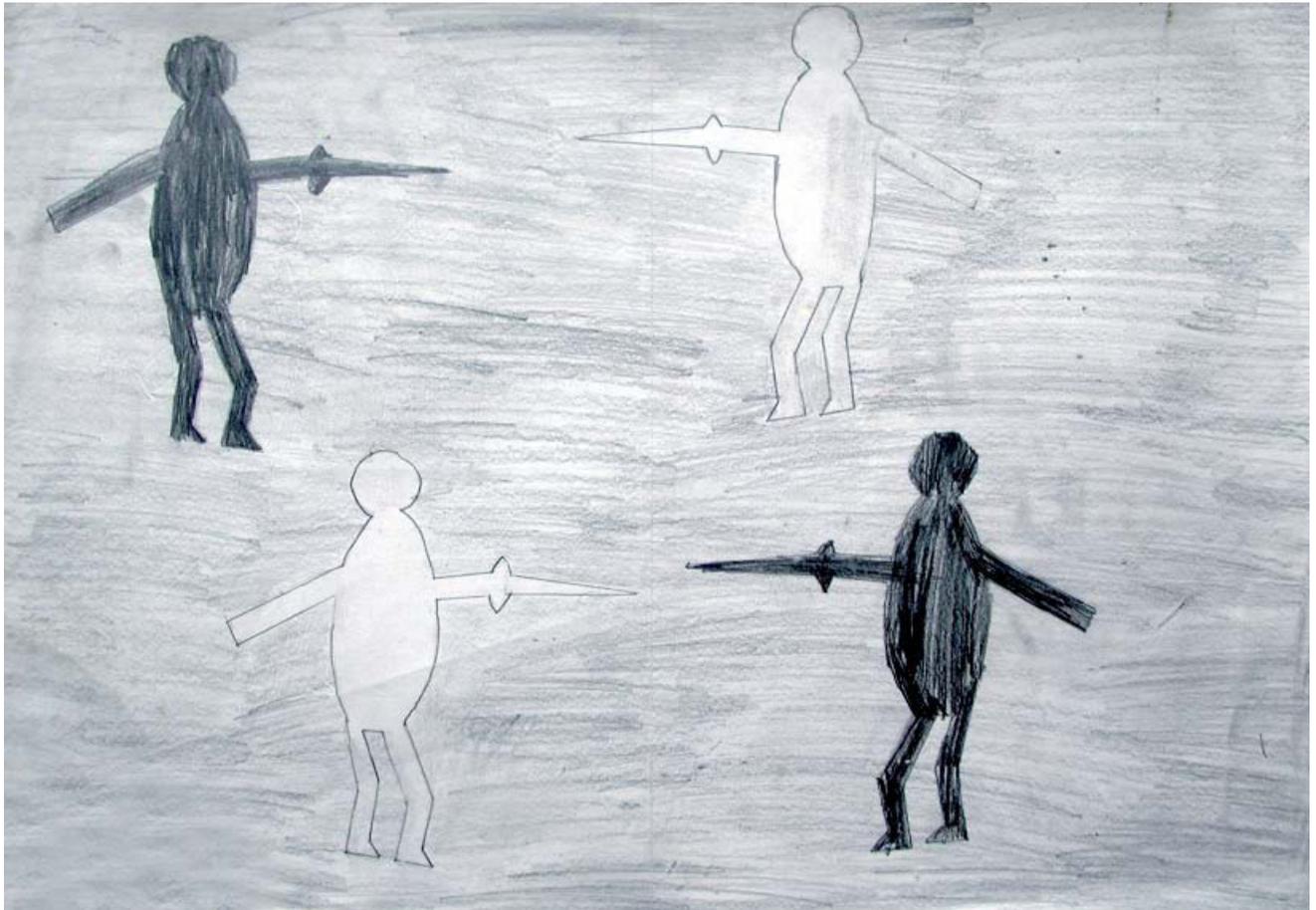


Foto: © analiza; www.fotolia.de

fuss genommen werden. Gewaltprävention hat so mit dem Dilemma zu tun, dass sie einerseits auf vorfindbare Gewalt reagieren muss, andererseits aber kaum auf präzise Analysen, Beschreibungen und Definitionen ihres Gegenstandsbereiches zurückgreifen kann.

Auch eine dritte Voraussetzung von Gewaltprävention, das eigene Verständnis über Ziele, Inhalte und Methoden, ist nur schwach ausgeprägt. Dies hat zur Folge, dass in der Praxis eine unübersehbare Fülle von Ansätzen zu finden ist, welchen es jedoch an differenzierten Problem- und Situationsanalysen sowie an fachlicher Fundierung fehlt und deren Wirksamkeit nicht evaluiert wurde. So kommt z.B. die wissenschaftliche Begleitung des Aktionsprogramms der Bundesregierung ‚Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus‘, in dem von 2001 bis 2006 4.500 Projekte gefördert wurden, zu dem Ergebnis: „Die sichtbaren Erfolge der bisherigen Präventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus halten sich in Grenzen. Zahlreiche Projekte standen bislang auf instabilem Fundament. Ihre Wirksamkeit war häufig weder theoretisch begründet noch empirisch überprüft“ (Frindt/Preiser 2007, S. 33).

Angestrebte praktische Ziele der Gewaltpräventionsprogramme sind in der Regel die Stärkung des Selbstkonzeptes, die Reflexion des eigenen Selbst und die Stärkung der Persönlichkeit, die Ausbildung sozialer Wahrnehmung, die Schaffung von Konfliktfähigkeit, kontrolliertes Handeln sowie die Vermittlung sozialer Kompetenzen. Langfristig werden eine Vermeidung von Straffälligkeit sowie die Akzeptanz sozialer Normen durch sozial integriertes Verhalten der Adressaten angestrebt. Zu

selten zielen Gewaltpräventionsprogramme auf die Lebenswelt der Adressaten und deren sozialen Kontext ab und damit auf sozialstrukturelle und institutionelle Veränderungen. Als ein wesentliches Ziel der Gewaltprävention wird auch der Schutz der Allgemeinheit vor Gewalttaten und potentiellen Straftätern gesehen. Die meisten Programme und Maßnahmen der Gewaltprävention favorisieren dabei ein personenbezogenes Arbeiten, das mit Unterstützung der Gruppe und durch gruppenpädagogische Aktivitäten Veränderungsprozesse des Einzelnen anstrebt. Die Weltgesundheitsorganisation fordert hier jedoch Maßnahmen, die auf Veränderungen auf der individuellen Ebene, der Beziehungsebene, des kommunalen Umfelds und der Gesellschaft abzielen (vgl. WHO 2003, S. 33).

Häufig werden ‚Gewaltprävention‘ und ‚Kriminalprävention‘ synonym verwendet. Dies ist jedoch irreführend und verschleiert mehr, als es zur Klärung beiträgt. Der WHO Guide zur Implementierung von Gewaltprävention plädiert nachdrücklich dafür, dass Gewaltprävention von Kriminalprävention unterschieden werden muss (vgl. WHO 2004, S. 3).

Denn Kriminalprävention orientiert sich an der Verhinderung von Straftatbeständen. Hierzu gehören für den Jugendbereich wesentlich die Delikte Kaufhausdiebstahl und Schwarzfahren. Dabei geht es primär um die Etablierung von gesetzeskonformem Verhalten. Kriminalpräventive Ansätze sehen gewalttätiges Verhalten vor allem auf der individuellen Ebene unter dem Aspekt der Übertretung von Normen und Androhung von Strafe. Hinzu kommt, dass viele Delikte, die unter Strafe stehen, nichts mit Gewalt zu tun haben, während andererseits viele Gewaltformen nicht von der Strafjustiz erfasst werden.

Ordnungspolitische versus partizipatorische Ansätze

Idealtypisch lassen sich zwei grundlegend verschiedene Ansätze unterscheiden, die ihre Entsprechung in nahezu allen Bereichen der Gewaltprävention haben und die sich sowohl in der Gesetzgebung als auch in praktischen Präventionsmaßnahmen unterscheiden, nämlich ordnungspolitisch orientierte und demokratisch-partizipatorisch orientierte Ansätze: Ordnungspolitisch orientierte Ansätze, die oft auch als ‚repressiv‘ bezeichnet werden, versuchen das Problem der Kriminalität und Gewalt durch strengere Gesetze und Verordnungen, durch Überwachung, hartes Durchgreifen und harte Bestrafung in den Griff zu bekommen. Schlagworte wie ‚Zero Tolerance‘ sind Teil der Diskussion. Demokratisch-partizipatorisch orientierte Ansätze entspringen der Erkenntnis, dass Probleme den Betroffenen gehören und diese in die Lösung verantwortlich einbezogen werden müssen. Dabei geht es darum, ihre eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten durch unterstützende Angebote zu entwickeln und zu begleiten. Beteiligungsmöglichkeiten und konstruktive Konfliktbearbeitung spielen hierbei eine wichtige Rolle.

Letztlich liegen diesen Ansätzen verschiedene Sicherheitskonzepte und Sicherheitsbegriffe zugrunde. Bei einem ordnungspolitisch orientierten traditionellen Sicherheitsbegriff geht es um Schutz vor Gewalt und Kriminalität, bei dem der Staat und seine Organe die Akteure sind, die Bürger Objekte, die es zu schützen gilt. Technische Sicherheitskonzepte dominieren hier.

Bei demokratisch-partizipatorischen Ansätzen geht es neben dem unmittelbaren Schutz vor Gewalt vor allem um die Beseitigung der Ursachen von Gewalt. Hierbei kommen auch Phänomene wie Armut oder Arbeitslosigkeit in das Blickfeld. Die Akteure sind Individuen, Gruppen und Gemeinschaften, die aber auf staatlicher Ebene Unterstützung und Begleitung brauchen. Die Einhaltung von Menschenrechten, die Entwicklung von Demokratie, wirtschaftlicher Wohlfahrt und sozialer Gerechtigkeit korrespondieren mit der Etablierung gewaltfreier Handlungsalternativen auf der Verhaltensebene. In dieser Sichtweise sind individuelles Verhalten, soziale Situation und gesellschaftliche Verhältnisse miteinander verbunden. So verstandene Gewaltprävention findet ihre politische Entsprechung in der Entwicklung des Projektes ‚Human Security‘. Sie hat damit auch einen gesellschaftlich-politischen Fokus.

Die internationale Diskussion

Die internationale Diskussion um Gewaltprävention, wie sie etwa im Rahmen der Weltgesundheitsorganisation und der UNESCO geführt wird, unterscheidet sich in einigen wesentlichen Punkten von der in Industriestaaten (insbesondere auch der deutschen): In den Ansätzen zur Gewaltprävention in Industriestaaten steht die individuelle Gewalt von Kindern und Jugendlichen im Vordergrund. Diese werden dabei vor allem unter dem Aspekt der (potentiellen Täterschaft) gesehen. Es geht um den Schutz der Allgemeinheit vor Einzeltätern und (jugendlichen) Gruppen. Dabei dominieren psychologische und pädagogische Ansätze. Das Phänomen der Alltagsgewalt

bzw. der interpersonalen Gewalt wird deutlich getrennt von kollektiver Gewalt gesehen. Eine Abstimmung der verschiedenen Ansätze und die Umsetzung einer elaborierten Strategie der Gewaltprävention findet zu wenig statt. Die wissenschaftliche Evaluation der Arbeit ist unterentwickelt.

Gewaltprävention kann sich in Industrieländern meist auf relativ gute gesetzliche Grundlagen beziehen, die z.B. weitgehend Körperstrafen verbieten, Geschlechtergleichheit (wenigstens formal) festschreiben und die Menschenrechte anerkennen. Schutzrechte des Bürgers vor dem Staat sind (wenigstens formal) weitgehend vorhanden. Der Schutz einzelner oder von Gruppen vor staatlichen und halbstaatlichen Übergriffen, also die Schutzrechte des Bürgers vor dem Staat sind in Industriestaaten kein Thema von Gewaltprävention.

Internationale Kampagnen zur Gewaltprävention, wie z.B. die von der WHO initiierte ‚Global Campaign for Violence Prevention‘, haben einen weiteren Blickwinkel. Hier werden die Notwendigkeit der Zusammenarbeit und des Austausches von Forschungsergebnissen stark betont. Es wird die Überwachung der Einhaltung von internationalen Abkommen zum Schutze der Menschenrechte gefordert und gefördert. Es wird ein Zusammenhang zwischen dem internationalen Drogen- und Waffenhandel und Gewaltprävention hergestellt. Die Verknüpfung und die enge Verbindung von Alltagsgewalt und kollektiver Gewalt wird hervor gehoben. Ansätze und Vorhaben werden streng nach ihrer Wirksamkeit beurteilt. Aber vor allem werden Kinder und Jugendliche nicht primär unter der Perspektive einer (potentiellen) Täterschaft gesehen, sondern als Opfer von Gewalt identifiziert, die es zu schützen gilt (vgl. UN Secretary General 2007).

Im Kontext von sich entwickelnden Gesellschaften sind häufig sich überlappende und überschneidende Problembereiche aus dem privaten Umfeld mit den sozialen und politischen Entwicklungen festzustellen. So kommen z.B. zum Problembereich der häuslichen Gewalt die Bewältigung von eigenen Gewalterfahrungen in Diktaturen, autoritären Regimen oder im Unabhängigkeitskampf hinzu. Das Vorhandensein von oder der leichte Zugang zu Kleinwaffen, verbunden mit einem schwachen staatlichen Gewaltmonopol und mangelnder Erfahrung in ziviler Konfliktbearbeitung, sind oft zusätzliche Prädikatoren für Gewalt.

Vernachlässigung der kulturellen Gewalt

In Industrie- wie auch in Entwicklungsländern wird der Bereich der kulturellen Gewalt, wie Galtung ihn formuliert, im Rahmen von Gewaltprävention viel zu wenig aufgegriffen. Gerade in diesem Bereich geht es jedoch um das Zusammenspiel von „Mentalitätsbeständen“, Verhaltensformen und politischer Kultur, also um die Fragen, „welche überlieferten Orientierungen und Mentalitätsbestände begünstigen Gewaltbefürwortung, Gewaltbereitschaft und Gewaltanwendung“ und „welche Faktoren tragen zur Entstehung und Tradierung gewaltbegünstigender Orientierungen bei?“ (Meyer 2002, S. 1196). Dass dieser Bereich zu wenig Berücksichtigung findet, mag mehrere Gründe haben: Politische Kultur wird oft als ‚na-

türlich' und alternativlos erfahren. Veränderungen in diesem Bereich sind nur sehr schwer und nur langfristig zu erreichen, da hier Gewohnheiten und ‚Rechte‘ infrage gestellt werden. Es bedarf hier einer intensiven Überzeugungs- und Lobbyarbeit im gesellschaftlichen und politischen Bereich, die nur gut organisierte Verbände und Parteien leisten können.

Die Frage ist, ob die Hoffnungen, die in Gewaltprävention gesetzt werden, berechtigt oder illusorisch sind. Vor dem Hintergrund der Sichtung und Darstellung der vielfältigen Zugangsweisen, Ansätze und Modelle der Gewaltprävention mangelt es nicht so sehr an Ideen, denn an fundierten Erkenntnissen und gesichertem Wissen. Gesicherte Aussagen über die Wirkung einzelner Maßnahmen und Modelle sind aufgrund fehlender Evaluationen kaum möglich. Einzelne Projekte allein können das Gewaltproblem nicht lösen, sie dienen wohl eher der Beruhigung der Verantwortlichen.

Gewaltprävention entwickeln

Wie kann Gewaltprävention so (weiter-)entwickelt werden, dass eine wirksame präventive Praxis im Kontext von Entwicklungszusammenarbeit möglich ist? Anzustreben ist eine Kombination von erprobten, evaluierten und Erfolg versprechenden Modellen und Interventionsstrategien, verbunden mit der Entwicklung eines gesellschaftlichen ‚Klimas‘, das geprägt ist von der Achtung der Würde des Menschen, der Respektierung der Menschenrechte, der gegenseitigen Verantwortung füreinander und dem Bemühen an der Entwicklung von Demokratie, einer Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit mitzuarbeiten.

Gewaltprävention gewinnt dann an gesellschaftlicher Bedeutung, aber auch an Brisanz, wenn Zusammenhänge von kollektiver und individueller Gewaltbekämpfung deutlich werden. Denn dann können Gewaltprobleme nicht mehr individualisiert werden, und von anderen gewichtigen Gewaltverhältnissen ablenken. Gewaltprävention darf keine isolierten ‚Insellösungen‘ suchen, sondern muss gemeinwesenorientierte und systemische Ansätze favorisieren.

Ansätze und Modelle der Gewaltprävention bedürfen der Adaption an die jeweils spezifischen gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen. Dabei muss auch berücksichtigt werden, dass unterschiedliche Gewaltbegriffe und Traditionen im Umgang mit Gewalt in verschiedenen Kulturen und Ländern ein gemeinsames abgestimmtes Vorgehen schwierig machen. Wie und ob die Adaption von in Industriegesellschaften entwickelten Modellen für Entwicklungsländer gelingt, ist schwer einzuschätzen. Hier muss ein offener Austausch und Dialog stattfinden.

Die Kluft zwischen Forschung und Praxis muss geschlossen werden. Die Ergebnisse der Forschung müssen systematisch auf ihre Praxisrelevanz geprüft werden. So bieten z.B. Ergebnisse der Sozialpsychologie insbesondere der Kleingruppenforschung oder Studien über Autorität und Gehorsam wichtige Ansatzpunkte für gewaltpräventives Handeln. Übersteigerte Erwartungen an Gewaltprävention sind zu dämpfen. Kurzfristige Erfolge sind nicht zu erwarten. Langfristige positive Entwicklungen sind jedoch nur schwer mit kurzen Projektlaufzeiten und dem Bedürfnis der Geldgeber nach ‚Erfolgsprojekten‘ in Einklang zu bringen.

Im Zentrum der Gewaltprävention sollte die Vermittlung von Fähigkeiten stehen, Konflikte (auf allen Ebenen) gewaltfrei auszutragen, verbunden mit einer Kultur des Dialogs, die traditionelle Formen der Konfliktvermittlung aufgreift und einbezieht. Konstruktive Konfliktbearbeitung als Gewaltprävention ist in allen Altersgruppen und gesellschaftlichen Bereichen anwendbar, stärkt gleichzeitig das Potential für Demokratisierung und Partizipation und lässt die Verantwortung für das Geschehen bei den Betroffenen. Die Übertragbarkeit und Adaption auf unterschiedliche Gesellschaften und Kulturen erscheint in diesem Bereich am stärksten gegeben und am weitesten entwickelt.

Ein Verständnis von Gewaltprävention, das nur darauf ausgerichtet ist, unerwünschtes Verhalten zu verhindern, reicht nicht aus. Nur wenn mit Gewaltprävention positive Zielsetzungen und Entwicklungen verknüpft werden können, kann sie letztlich ihr Potential entfalten.

Die Diskussion um Gewaltprävention sollte deshalb in den Prozess der Friedens- und Demokratieentwicklung integriert werden. Demokratieerziehung, Menschenrechtserziehung und Friedenspädagogik bieten hierzu wichtige Zugänge. Friedenspädagogische Ansätze der Gewaltprävention, die eine ganzheitliche Vorgehensweise berücksichtigen, die gegenseitigen Abhängigkeiten der verschiedenen Formen von Gewalt im Blick haben und einen demokratisch-partizipatorischen Ansatz verfolgen, erscheinen dabei am Erfolg versprechendsten. Gewaltprävention bedarf also der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Voraussetzungen und trägt gleichzeitig zu deren Etablierung bei.

Literatur

- Frintde, W./Preiser, S. (2007):** Präventionsansätze gegen Rechtsextremismus. In: Apuz. Aus Politik und Zeitgeschichte 11.
- Galtung, J. (1993):** Kulturelle Gewalt. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hg.): Der Bürger im Staat. 43/2, S. 106 – 112.
- Gugel, G. (2006):** Gewalt und Gewaltprävention. Grundfragen, Grundlagen, Ansätze und Handlungsfelder von Gewaltprävention und ihre Bedeutung für Entwicklungszusammenarbeit. Tübingen.
- Holtappels, H.G./ Heitmeyer, W./ Melzer, W./Tillmann, K.-J. (Hg.) (2004):** Forschung über Gewalt an Schulen. Erscheinungsformen und Ursachen, Konzepte und Prävention. Weinheim/München, 3. Aufl.
- Landeshauptstadt Düsseldorf (Hg.) (2000):** Düsseldorfer Gutachten. Empirisch gesicherte Erkenntnisse über kriminalpräventive Wirkungen. Düsseldorf.
- Meyer, T. (2002):** Politische Kultur und Gewalt. In: Heitmeyer, W./Hagan, J. (Hg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden, S. 1195 – 1214.
- Sherman, L.W. u.a. (Hg.) (1998):** Preventing Crime: What works, What doesn't, What's promising. A Report to the United States Congress. Washington.
- WHO (2002):** World Report on Violence and Health. Geneva.
- WHO Regionalbüro für Europa (2003):** Weltbericht Gewalt und Gesundheit. Zusammenfassung. Kopenhagen.
- WHO (2004):** Preventing Violence. A Guide to Implementing the Recommendations of the World Report on Violence and Health. Geneva.
- United Nations Secretary General (2007):** World Report on Violence against Children, veröffentlicht unter: <http://www.violencestudy.org/r229>, 30.3.2007.

Günther Gugel, Jg. 1949, Dipl. Pädagoge, ist Geschäftsführer des Instituts für Friedenspädagogik Tübingen e.V., Studium des Sozialwesens und der Erziehungswissenschaften in Eichstätt und Tübingen, Publikationen zu Methoden der politischen Bildungsarbeit, Friedenspädagogik, Konfliktbearbeitung, Gewaltprävention und des Globalen Lernens.